

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden, Saben & Comp. Nr. 1208.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Stammort: Dr. Krahob, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Nordstadt und Dresden-Südstadt

Abonnementpreis einschließlich Bringerlohn monatlich 620,- M., durch die Post bezogen monatlich 620,- M., unter Streifenband für Deutschland wöchentlich 150,- M., Einzelnummer 30,- M., Sonntagsnummer 40,- M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25281. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25281. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 5gepalte Nonpareilzeile 75,- M., die 5gepalte Reklamezeile 800,- M., auswärts 100,- u. 400,-, England 600 u. 1200 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 25 Proz. Rabatt. Für Briefmarkenlegung 20 M.

Nr. 297

Dresden, Freitag den 22. Dezember 1922

33. Jahrg.

Die Schutztruppe der Unternehmer

Industrielle Gelder für die Nationalsozialisten

München, 21. Dezember. (Eigener Drohbericht.) Auf die von uns bereits berichteten Anfragen der Süddeutschen Korrespondenz an Dr. Kuhl, das geschäftsführende Präsidiumsmitglied des Bayerischen Industriellenverbandes, sind bis heute Antworten nicht eingegangen. Die genannte Korrespondenz erklärt nun:

„Wir stellen dieses Schweigen, das eine deutlichere Antwort ist, als sie die lauteste Erwiderung hätte geben können, ausdrücklich vor aller Öffentlichkeit fest. Um aber keinen Zweifel aufkommen zu lassen und um Herrn Dr. Kuhl nochmals Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, erklären wir auf das kategorischste: Es ist so, wie wir in unseren Fragen angedeutet haben. Herr Dr. Kuhl hat neben einigen andern prominenten Mitgliedern des Bayerischen Industriellenverbandes Herrn Piller sehr namhafte Summen zur Finanzierung der Nationalsozialistischen Partei gegeben. Herr Dr. Kuhl hat in den Kreisen des Industriellenverbandes Gelder für die Nationalsozialistische Arbeiterpartei gewonnen. Herr Dr. Kuhl hat mit Hitler persönlich verhandelt, um die Nationalsozialisten als Schutztruppe für gewisse Unternehmerkreise zu gewinnen. Das sind Tatsachen, die nicht widerlegt werden können und für die Bezeugen von absoluter Zuverlässigkeit zur Verfügung stehen. Wir verheben daher, wenn Herr Dr. Kuhl auch nicht einmal den Versuch einer Widerlegung macht. Im übrigen erschöpfen diese Feststellungen keineswegs unser ganzes Wissen über die Beziehungen zwischen Industriellen-Verband bzw. Herrn Dr. Kuhl und den Nationalsozialisten. Wir begnügen uns heute nur mit der Feststellung, daß schon der Vorgänger des Herrn Dr. Kuhl, Herr Kroll, Hauptleiter der Filiale der Deutschen Bank in Würzburg, die Beziehungen zu den Nationalsozialisten aufgenommen und sehr viel, sagen wir „finanzielles Verständnis“ für die Ideen und Pläne des Herrn Piller gezeigt hat. Herr Dr. Kuhl hat diese Beziehungen noch weiter ausgebaut und System in die Sache gebracht, besonders die Frage der finanziellen Unterstützungen in großartiger Weise organisiert. Wir wollen Herrn Dr. Kuhl in diesem Zusammenhang nur an gewisse vertrauliche Rundschreiben an die Mitglieder des Industriellenverbandes erinnern. Wir hoffen, er wird uns verstehen. Sollte das nicht der Fall sein, so sind wir zu näherer Auskunft gern bereit. Herr Dr. Kuhl wird dann noch mehrere Fragen zu hören bekommen, auf die ihm die Antwort sicherlich nicht leicht sein wird, wie auf unsere eben angeführten bis heute von ihm unbeantwortet gebliebenen Feststellungen.“

Die Münchner Post bemerkt zu diesen Ausführungen: „Wir sind vielleicht hier etwas nachlässig und an den Schwiegervater des Herrn Dr. Kuhl, Herrn Geheimen Kommerzienrat Duff, die Frage richten, ob ihm bekannt ist, weshalb in der letzten Zeit seine Bemühungen, weitere industrielle Gruppen zum Anschluß an seinen Verband zu bewegen, ergebnislos blieben? Ist ihm bekannt, daß dieser Anschluß sogar schon mit der Begründung abgelehnt wurde, daß die Mittel des Industriellenverbandes in „unsaubere Kanäle“ fließen? Wenn die öffentlich angefragten Persönlichkeiten noch weiterhin in ihrem Schweigen zu verharrten ge-

denken, so behalten wir uns vor, nähere Einzelheiten über diese Vorgänge zur öffentlichen Kenntnis zu bringen. Bemerkenswert ist, daß die gesamte Münchner bürgerliche Presse von der Angelegenheit — schweigt.

Die ostpreussische Fronde

Die preussische Regierung hat in Ostpreußen zwei deutschnationale Landräte zur Disposition gestellt. Das genügt der deutschnationalen Presse, um einen Höllenlärm zu schlagen und die Parole „Los von Berlin!“ auszugeben. „Ostpreußens Volk ist.“ so wird behauptet, „loyal und reich-treu bis auf die Knochen, aber es will keine nationalen und landesmannschaftlichen Einrichtungen und Bestimmungen geschehen.“

Darunter versteht man, daß die reaktionären Landräte beibehalten werden. Wie ungeheuerlich die Dinge in Ostpreußen liegen, zeigt folgendes: Heute noch, vier Jahre nach der Revolution, sind von den 34 bestehenden ostpreussischen Landratsstellen 14 im Besitze alter konservativer Landräte aus der Zeit vor 1918. Auch von den 20 seit 1918 neuernannten Landräten stehen mindestens 10 ganz bestimmt politisch auf dem Boden der Rechtsparteien! Und weiter: Der eigentliche Beamtenkörper, insbesondere das Korps der Räte usw. bei den Regierungen und allen andern Behörden, besteht fast nur aus alten Beamten!

Es klingt wie eine Verhöhnung der neuen Zeit, wenn man erfährt, daß die schärfsten Gegner der deutschen Republik noch in so hohem Maße in Amt und Würden sitzen. Sieht die Sicherung der Republik so aus? Zu dem preussischen Minister des Innern, dem Genossen Seegering, mag man das Vertrauen haben, daß er seinen ganzen Einfluß aufbietet, um den Verwaltungsapparat zu demokratisieren. Aber wir wissen auch, daß im preussischen Staatsministerium Minister sitzen, die der Deutschen Volkspartei angehören und die jetzt unter dem Druck der Deutschnationalen alles daran setzen, um eine weitere Republikanisierung der Verwaltung zu verhindern. Will man etwa in Preußen auf diese Weise, wie im Reich, eine bürgerliche Regierung von Gnaden der Deutschnationalen etablieren? Es scheint, daß diese Absicht besteht und daß man, um zum Ziele zu kommen, nicht vor Mitteln zurück-schreckt, die in den deutschnationalen Kreisen als Hochverrat bezeichnet werden, wenn sie im Rheinland angewendet werden. Die Drohung mit der Abreise Ostpreußens von Preußen darf die preussische Regierung nicht davon abhalten, die hochverräterischen Elemente, deren „Treue zum Vaterland“ nur so lange besteht, solange sie an der Futterkrippe sitzen, aus der Verwaltung zu entfernen. Schließlich kann nur so die Republik und die Einheit des Reiches geschützt werden.

Ein Dämpfer. Aus Königsberg wird gemeldet: In der Stadtverordnetenversammlung wurde mit großer Mehrheit ein demokratischer Antrag angenommen, der die auf eine Abspaltung der Provinz Ostpreußen vom preussischen Staat hinzielenden Bestrebungen von wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Standpunkt aus mit Entschiedenheit verurteilt. Sie ist im höchsten Maße staatsgefährlich erklärt und die Staats- und Reichsregierung auffordert, solche Maßnahmen mit allen Mitteln zu bekämpfen. Ein deutschnationaler Antrag, der die Abtrennung Ostpreußens von Preußen ablehnt und die Staatsregierung auffordert, solchen Bestrebungen durch verständnisvolle Berücksichtigung der wirtschaftlichen, politischen und nationalen Belange Ostpreußens jede Grundlage zu entziehen, wurde in seinem ersten Teile gleichfalls mit großer Mehrheit angenommen; der zweite Teil dagegen wurde abgelehnt.

Neue Sühneforderungen

In der Note, mit der die Botshafterkonferenz am Mittwoch die Note der Regierung zum über die Zwischenfälle von Passau, Stettin und Ingolstadt beantwortet hat, nimmt sie die Zahlung von einer Million Goldmark durch die deutsche Regierung an Stelle der Städte Passau und Ingolstadt zur Kenntnis. Die Entschuldigung der deutschen Regierung will die Botshafterkonferenz unter der Bedingung annehmen, daß sie im Namen der Reichsregierung sowie der bayerischen Regierung und der Ortsbehörden der beiden bayerischen Städte ausgesprochen wird und daß der Wortlaut der Entschuldigung in der Presse veröffentlicht wird.

Die Botshafterkonferenz hat, um völlige Genugtuung von den drei Städten zu erhalten, die interalliierte Militärkommission beauftragt, von der deutschen Regierung folgendes zu verlangen:

Auskunft, wozu die an dem Zwischenfall von Stettin verantwortlichen Polizeibeamten sowie die Verbindungsoffiziere verurteilt worden sind; außerdem eine Verschärfung der Strafen der Polizeibeamten.

Aberufung des Bürgermeisters von Passau, der auf Grund seines Amtes die Leitung der Polizei ausübte; Mitteilung, welche Verwendung der seiner Stelle entsprechende Polizeibeamten von Passau gefunden hat.

Aberufung der mit der Leitung der Polizei der Stadt Ingolstadt betrauten Beamten und Pensionierung des Kommandanten der Kanalkanalkraft.

Unser Erachten verweist es sich von selbst, daß die Entschuldigung der deutschen Reichsregierung auch im Namen

der bayerischen Regierung und der Städte Passau und Ingolstadt erfolgt. Die Forderung auf Aberufung der Bürgermeister von Passau und Ingolstadt als Leiter der Polizeibehörde ist ganz abgesehen davon, daß weder der Reichsregierung noch der bayerischen Regierung ein verfassungsmäßiges Recht auf eine solche Aberufung zusteht, deshalb unbillig, weil die Polizeibehörden in Passau und in Ingolstadt nicht im Kenntnis gesetzt waren vom Bestande der Militärkontrollkommissionen, insoweit als auch gar nicht in der Lage waren, Maßnahmen zu treffen, um die Befähigungen der Kontrolloffiziere zu verhindern.

Nachklänge vom Kapp-Putsch

München, 21. Dezember. Vor dem Schwurgericht hatte sich in vierstündiger Verhandlung der Reichskriegsminister Karasitz aus persönlichen unter der Anklage des Mordes zu verantworten. Der Angeklagte hatte als Mitglied der sogenannten „Keten-Kette“ in der Nacht vom 29. zum 30. März 1920 in Dorsten ein sogenanntes „Revolutionstribunal“ zusammenberufen und unter seinem Vorsitz zwei unschuldige Gefangene, einen Reichswachtmeister und einen anderen jungen Mann, wegen angeblicher Spionage zum Tode verurteilt. Der Angeklagte ließ das Urteil an dem Reichswachtmeister, der von den Nationalisten nach der Urteilverkündung bis auf den Hals ausgeraubt wurde, noch in derselben Nacht vollziehen. Während der andre Gefangene, als er über auf dem Richtplatz stand, im letzten Augenblick gerettet wurde. Das Schwurgericht verurteilte jetzt den Angeklagten wegen Anklage am Mord zur Todesstrafe und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte.

Die Helden der Einheitsfront

In Moskau ist der Kongress der 3. Internationalen zu Ende gegangen. Wenn Kommunisten zusammenkommen, blauen sie eigentlich immer die Fanfare, aber diesmal klang doch hörbar genug die Chomade durch, namentlich dort, wo es um die Rechtfertigung der R. E. P., der „Neuen Oekonomischen Politik“ ging, die eigentlich eine verzweifelte alte ökonomische Politik ist. Zwar suchten die Hohepriester abzuschwächen, was irgend abzuschwächen war; in den verpacketen Fabriken, in denen nach jeder Dimension der Kapitalismus wiederhergestellt ist, sollen nur achtzigtausend Arbeiter beschäftigt sein, in den staatlichen Industrieunternehmen, die freilich auch kapitalistisch bewirtschaftet werden, über eine Million, und das private Handelskapital wurde auf „nur“ ungefähr dreißig Prozent des umlaufenden Kapitals beziffert. Und da Sowjetrußland, den Satz von Karl Marx: „Das industriell entwickelte Land zeigt dem minder entwickelten nur das Bild der eigenen Zukunft“, auf den Kopf stellend, als das industriell zurückgebliebenste Land den entwickeltesten das Bild der eigenen Zukunft zeigen will, so erhebt Moskaus Unliebbarkeit drang R. E. P. bereits zu einem Dogma: R. E. P. nicht eine Episode, nicht das Ergebnis der Schwäche, sondern etwas viel Größeres“, R. E. P. ist, dekretierte Sinowjew, die Phase, durch die auch die Länder mit großer proletarischer Bevölkerung durchgehen müssen. Aber wen täuscht man noch damit? Nachdem die Bolschewisten in den ersten Jahren ihrer Herrschaft die ganze Industrie verstaatlicht, den gesamten Handel unterdrückt und sämtliche Ueberflüsse der Landwirtschaft mit Beschlag belegt hatten, kam Trotski selbst auf der Tribüne des Kongresses nicht um das Eingeständnis herum, daß man die Elementarlehre des Marxismus, die Erkenntnis der Unmöglichkeit, mit einem Sprung aus der Kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft zu sehen, mißachtet und sprunghaft nationalisiert und sozialisiert habe, also aufs Ganze das gleiche, was sozialdemokratische Kritik seit je gegen die kommunistischen Methoden einzuwenden hatte, und Genta sprach im Zusammenhang mit R. E. P. ganz unverbohlen von einem Rückzug. Schließlich hatten die Wortführer Moskaus noch um ein moralisches Moratorium von fünf Jahren, aber leider arbeiten sie nicht im Laboratorium mit toten Stoffen, sondern das Material ihrer Experimente sind Millionen lebender Menschen und ihre Schicksale, und von dem Plagen der Retorte oder dem Gelingen des Versuchs hängt zu einem großen Teil die Zukunft ganzer Länder ab.

Auch findet die zur Schau getragene übertriebene Zuvorleistung in den kommunistischen Prophezeiungen vergangener Jahre nicht gerade ihre Stütze. Als Budapest und München ihren bösen Rätelarneval erlebten, damals im Mai 1919, verhielt, von den Ereignissen und Erfolgen trunken, der gleiche Sinowjew, der zu den großen Kanonen des eben abrollenden Kongresses gehört, den Endsieg schon „für die nächsten Monate, vielleicht sogar Wochen“ und rief im Ton des Scherzes aus: „Nach Jahresfrist werden wir bereits zu vergessen beginnen, daß es in Europa einen Kampf für den Kommunismus gegeben hat, denn nach einem Jahre wird ganz Europa kommunistisch sein.“ Seitdem sind mehr denn dreieinhalb Jahre verstrichen, und das kommunistische Europa liegt noch wie vor auf dem Mond. In Rußland zwar herrscht der Kommunismus, gemildert durch R. E. P., aber die Zahl der Kommunisten ist neben der Gesamtheit des Volkes verschwindend gering, obwohl sie alle Staats- und Räteangestellten umfaßt, und ihrer hat es allein in Moskau 243 000! Der kommunistischen Partei Deutschlands wurde vor dem Kongress als „einer der gefestigtesten, der bestorganisierten und politisch klarsten in der Internationale“ ein Sträußchen an den Hut gesteckt, aber gahlende Mitglieder zählt sie nur rund 250 000! In Frankreich erreichten die Kommunisten kaum ein Drittel dieser Zahl, in England geht die Entwicklung so langsam vor sich wie in keinem andern Lande“, und in Amerika besteht „nur eine ganz kleine Partei“. Mit der Klarheit und Einigkeit sieht es nicht viel besser aus als mit der Stärke. In Frankreich befinden sich innerhalb des Kommunismus drei Hauptrichtungen und zwei kleine Richtungen, die italienischen Kommunisten haben einen Programmunterschied vorgelegt, der nicht marxistisch ist, den Engländern wurde von Kappel ihr „provinzieller Opportunismus“ unter die Nase gerieben, von der „ganz kleinen Partei“ Amerikas beschimpften sich hintereinander ein Vertreter des Zentrums, einer des rechten und einer des linken Flügels als verkappte Menckewitsen, ein Pole zählte an den Fingern die erste Richtung, die zweite Richtung und die dritte Richtung in der Partei seines Landes her, die Norweger bekamen harte Worte zu hören, weil ihr Zentralorgan noch immer „Sozialdemokrat“ heißt, und ein Sendebote aus der Tschekoslowakei bekannte, daß sich bei ihnen die Partei in zwei Teile zerlegt habe, „die beide jetzt kombunkfähig sind!“ Da bleibt wirklich nur die Vertreibung Sinowjews auf die „amerischöfliche Reserve der sozialistischen Proletarierrevolution“, die — es ist kein Witz! — Affien darstellt, und es ist einzig zu hoffen, daß, wenn es einmal so weit ist, die Kurden, Mohratten, Lungen und Libetoner das bolschewistische Abo besser erlassen als die anscheinend etwas befristungsigen Franzosen, Engländer, Norweger und andern nur europäischen Völkern.

Bemängelte Dudarin, daß kein Redner in der Diskussion über die internationale Lage im ganzen gesprochen habe, so hob in der Tat jeder nur das Dedekeln von seinem Köpfchen, und lediglich die Sprecher der Exekutive gaben einen Ueberblick und Umriß der europäischen Situation. Daß die Gegenrevolution auf der ganzen Linie vordeiagt,